

Neumünster Plant Erste Muslimische Kita in Schleswig-Holstein

Schleswig-Holstein plant seine erste muslimische Kita in Neumünster. 60 Kinder, multikulturelle Erziehung, Baustart im Herbst geplant.

Die erste muslimische Kindertagesstätte Schleswig-Holsteins: Eine Chance für Integration und Vielfalt

Am Dienstagabend hat die Ratsversammlung von Neumünster beschlossen, dass die Stadt bald die erste muslimische Kindertagesstätte des Bundeslandes erhalten wird. Diese Entscheidung markiert einen wichtigen Schritt in Richtung Integration und kultureller Vielfalt.

Die Kindertagesstätte, betrieben vom örtlichen Moscheeverein „Merkezefendi“, soll etwa 60 Kinder betreuen. Darunter sind 20 Plätze für Kleinkinder im Krippenbereich und rund 40 Plätze für ältere Kinder ab drei Jahren vorgesehen. Der Moscheeverein plant, insgesamt 13 Vollzeitstellen zu schaffen und hat bereits junge Menschen auf eine Ausbildung in diesem Bereich vorbereitet.

Interessant ist, dass die Kinder nicht muslimischen Glaubens sein müssen, um in der neuen Kita aufgenommen zu werden. Die Stadt Neumünster betont, dass eine strikte Exklusivität für eine bestimmte Religionszugehörigkeit keine Betriebserlaubnis erhalten könnte. Das erzieherische Konzept der Kita umfasst ethisches Verhalten, das Kennenlernen unterschiedlicher Religionen und die Förderung der deutschen Sprache und liest

sich damit weltoffen und tolerant.

Das Landesjugendamt trifft die endgültige Entscheidung über das Projekt, doch der Moscheeverein hofft, dass der Bau des 2.500 Quadratmeter großen Gebäudes noch im Herbst dieses Jahres im Zentrum von Neumünster beginnen kann. Der Trägerverein, der „Verband der Islamischen Kulturzentren“ (VIKZ) aus Köln, finanziert den zweigeschossigen Neubau vollständig. Die Stadt Neumünster wird 250.000 Euro zur Ausstattung beisteuern und eine Monatsmiete von 15.000 Euro zahlen.

Reaktionen aus der Politik

Babett Schwede-Olderus von der CDU, Vorsitzende des Sozial- und Gesundheitsausschusses, sieht in dem Projekt eine kulturelle Bereicherung. Sie betont, dass neben christlichen Trägern nun auch ein muslimischer Träger eine Kita betreiben wird. Auch die SPD-Ratsfraktion, vertreten durch Frank Matthiesen, unterstützt das Vorhaben und versichert, dass keine aus dem Ausland kommenden Imame predigen werden, sondern integrierte Bürger von Neumünster.

Andere Parteien wie die FDP und die Grünen loben das mutige Vorhaben, während die AfD und die rechtsextreme Partei „Heimat Neumünster“ dagegen gestimmt haben. Auch Carsten Hillgruber vom Stadtrat Neumünster sieht die Entscheidung des Moscheevereins als Endpunkt der Integration an.

Ein Schritt nach vorn - Politische Maßnahmen zur Prävention

Wie hätten politische Maßnahmen dieses Ereignis eventuell verhindern oder fördern können? Präventive Maßnahmen durch die Regierung könnten auf unterschiedliche Weise gestaltet werden. Durch eine Förderung interkultureller Projekte und eine frühzeitige Einbindung von Migranten in bildungspolitische

Entscheidungen könnte die Integration weiter unterstützt werden. Des Weiteren kommt einer gezielten Ausbildung von Fachkräften und einer transparenten Öffentlichkeitsarbeit eine wichtige Rolle zu.

Die Politik sollte zudem Räume für den interkulturellen Austausch schaffen und Programme zur Sensibilisierung der Bevölkerung fördern. Finanzielle Unterstützung für Integrationsprojekte und regelmäßige Evaluierung ihrer Erfolge und Herausforderungen könnten ebenfalls dazu beitragen, dass solche integrativen Maßnahmen künftig noch erfolgreicher umgesetzt werden können.

– **NAG**

Details

Besuchen Sie uns auf: n-ag.de